

Kräfte bündeln

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz**

Band (Jahr): **82 (2007)**

Heft 12

PDF erstellt am: **26.04.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-718048>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Kräfte bündeln

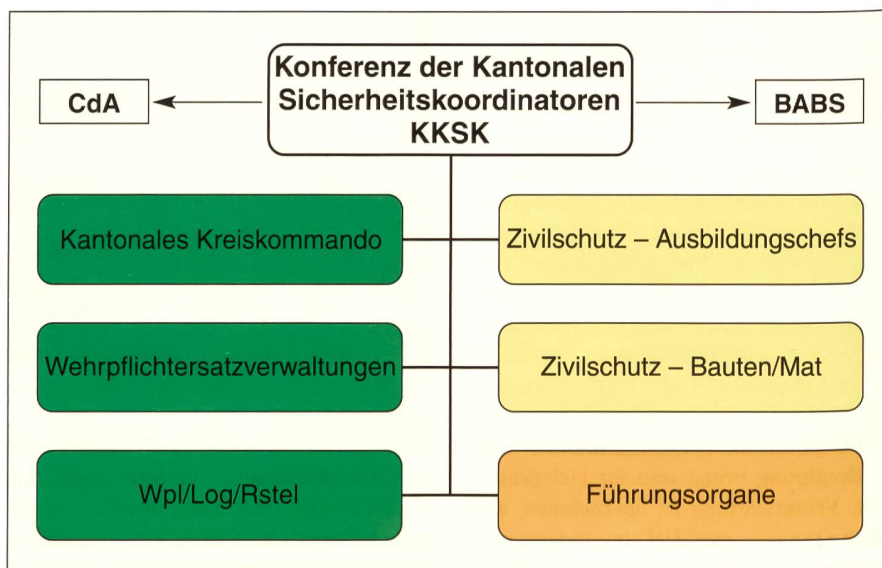
Am 20. September 2007 wählten in Näfels die Chefs der kantonalen Ämter für Militär und Bevölkerungsschutz einstimmig Oberst i GSt Martin Vögeli, den Schaffhauser Amtschef, zum neuen Präsidenten. Vögeli löste den Berner Major Markus Aeschlimann ab.

Vögeli versteht die Konferenz der Verantwortlichen für Militär und Bevölkerungsschutz (KVMB) als wichtige Institution gegenüber den Bundesinstanzen: «Die kantonalen Amtschefs sind die Repräsentanten unzähliger Wehrpflichtiger gegenüber dem Bund. Unsere Konferenz dient der dezentralen Verwurzelung der Miliz und fördert die Akzeptanz von Armee und Bevölkerungsschutz in breiten Kreisen der Schweizer Bevölkerung.»

Unter folgenden Stichworten will Vögeli die kantonalen Kräfte bündeln: Gemeinsamer Auftritt gegenüber dem Bund,



Martin Vögeli, der neue Präsident.



Eine mögliche Struktur der Konferenz der kantonalen Verantwortlichen für Armee und Bevölkerungsschutz, wie sie Präsident Vögeli entwirft.

Kooperation von Verwaltung zu Verwaltung, Vorbereiten der politischen Geschäfte, kantonales Mittragen von Sicherheit, stärkere Einflussnahme in sicherheits- und wehrpolitischen Fragen dank Fachkenntnissen.

In seinem 10-Punkte-Programm hält Präsident Martin Vögeli fest: Einführen von neuen Strukturen; ein «Flugloch», eine Anlaufstelle pro Kanton für sicherheitspoliti-

sche Anliegen (das Wort «Flugloch» wurde früher unter Anspielung auf «Vögeli» von Regierungsrat Ruedi Jeker geprägt); kantonale Sicherheitskoordination; Bildung einer Strategieguppe; vermehrte kantonale Mitverantwortung; Diskussion über Wehrpflichtformen; Stellungnahmen zu sicherheitspolitischen Themen; Unterstützung der ausserdienstlichen Tätigkeiten; Weiterbildung; Pflege der Kameradschaft. *kvmb.*

Bundesrat: Massnahmen zur inneren Sicherheit

Der Bundesrat hat die Botschaft und den Entwurf für die Änderung des Bundesgesetzes über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit (BWIS) zuhanden des Parlaments verabschiedet. Die Vorlage sieht neue Mittel der Informationsbeschaffung zur frühzeitigen Erkennung von Gefährdungen durch Terrorismus, verbotenen politischem oder militärischem Nachrichtendienst und verbotenen Handel mit Proliferationsgütern vor.

Das BWIS regelt die Früherkennung bei schwerwiegenden Gefahren, welche die innere Sicherheit der Schweiz bedrohen. Zur Klärung eines konkreten Ver-

dachts auf eine solche Gefährdung sollen in wichtigen Fällen neu besondere Mittel eingesetzt werden können. Besondere Mittel sind das Überwachen des Post- und Fernmeldeverkehrs, das Beobachten an nicht allgemein zugänglichen Orten und das geheime Durchsuchen von Datenverarbeitungssystemen.

Der Einsatz dieser Mittel unterliegt einer strengen Kontrolle durch Judikative (richterliche Prüfung durch das Bundesverwaltungsgericht) und Exekutive (Prüfung nach staatspolitischen Gesichtspunkten durch die Departementsvorsteher EJPD und VBS). *büh.*

SOG für Tatbeweis

Die Schweizer Offiziersgesellschaft spricht sich in der Revision des Zivildienstgesetzes für die Lösung mit dem Tatbeweis aus und hält die anderthalbfache Dauer des Zivildienstes für angemessen.

Die Gesuchssteller sollen jedoch weiterhin ausdrücklich erklären müssen, den Militärdienst nicht mit ihrem Gewissen vereinbaren zu können, um zu unterstreichen, dass es sich nicht um eine freie Wahl zwischen zwei Optionen handelt. Die SOG begrüsst die vorgeschlagene Satzerhöhung bei der Wehrpflichtersatzabgabe. *fo.*